

# Die Anwohner sind enttäuscht

**Raderthal (red). Die Anwohnerinitiative Colonia ELF reagiert mit einer Pressemitteilung auf die Zustimmung im Stadtentwicklungsausschuss zu einer Park-and-Ride-Anlage an der Bonner Straße.**

Bürger und mehrheitlich auch die Bezirkspolitiker seien sich einig, dass diese Planungen keinen Sinn machten. Colonia ELF Sprecher Andreas Wulf erklärte: „Pendler müssen erst das Autobahnkreuz und den Verteilerkreisel im Kölner Süden überwinden, um dann in ein Parkhaus zu kommen, in dem etwa 600 Pkws Platz haben. Das wird bei weitem nicht ausreichen, um die gemäß Planung erforderlichen mehr als 19.000 Pendler im Bereich der Bonner Straße auf die Bahn umsteigen zu lassen.“

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen lehnte am 31. März die Parkpalette auf dem Tennisplatz noch ab. Gegen die Stimmen der Grünen, die daraufhin ankündigten, dass der Beschluss vom Stadtrat „kassiert“ werden würde. Unter dem Eindruck der Bürgerproteste beantragte die Ratsmehrheit der Stadt Köln – unmittelbar vor der Kommunalwahl im Mai – eine Vertagung der Verwaltungsvorlage in den Stadtentwicklungsausschuss, so dass die Ablehnung der Bezirksvertretung Rodenkirchen über den Wahltermin hinweg bestand. Doch dann wurde in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 25. September der Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen gekippt.

Ein über zwei Jahre hinweg erarbeiteter Lösungsvorschlag der Anwohner-Initiative Colonia ELF wurde erst gar nicht diskutiert. Wulf weiter: „Dafür gibt es stichhaltige Gründe: der Vorschlag der Anwohner-Initiative ist kostengünstig, verkehrsertüchtigend hinsichtlich des Individualverkehrs, ermöglicht eine schnelle Anbindung von Rondorf und Meschenich an das U-Bahn-Netz der Stadt Köln und berücksichtigt sowohl Umwelt- als auch Denkmalschutzaspekte. Dagegen ist das Argument der Stadt entlarvend: für die rund vier Millionen Euro Baukosten der sinnlosen Parkpalette gibt es bereits eine Zusage von Fördermitteln des Landes in Höhe von 90 Prozent. Auch das sind Steuergelder.“ Es bleibe die Frage, was engagierte Bürger zusammen mit den realitätsbewussten örtlichen Politikern wirksam unternehmen können, um diese sinnlose Geldverschwendung noch zu vermeiden.